

Autor: Günthner, Wolf
Seite: 4
Ressort: Politik und Verwaltung

Jahrgang: 2019
Nummer: 19

Verkehrsminister Hermann und CDU- Abgeordnete streiten über Nord-Ost-Ring

Minister will Thema nicht angehen und setzt stattdessen auf Ausbau von A 8 und A 81 im Großraum Stuttgart

Stuttgart. Zwischen Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) und der CDU-Fraktion kam es am Mittwoch zum Streit im Landtag. Die CDU-Verkehrsexpertin Nicole Razavi hatte Hermann vorgeworfen, Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zwischen Grünen und CDU nicht umgesetzt zu haben. Konkret entzündete sich der Streit am Nord-Ost-Ring um Stuttgart, über den bereits seit Jahrzehnten diskutiert wird.

Es liege am Verkehrsministerium und dem Regierungspräsidium, die Planungen für den Nord-Ost-Ring aufzunehmen und die Filder-Auffahrt nachzumelden, wie es der Bund angeboten habe, so Razavi. Hermann sieht dies anders. Die CDU habe 58 Jahre lang den Verkehrsminister im Land gestellt, aber den Nord-Ost-Ring nicht geplant und gebaut. „Es ist rechtlich, ökologisch und politisch 50 Jahre nicht möglich gewesen. Aus diesem Grund habe ich gesagt, ist werde es auch nicht weiter versuchen. Wir brauchen andere Lösungen“, argumentierte der Minister. Dazu zählt der Ausbau der A 8 und der A 81.

„Die A 81 bauen wir sechsspurig aus, für das letzte Teilstück zwischen Böblingen und dem Kreuz Vaihingen hat die DeGES den Auftrag, mit dem Bau zu beginnen.“ Auch die A 8 sei an die DeGES zum achtspurigen Ausbau übergeben worden. „Wenn man den Nord-Ost-Ring nicht bauen kann, dann muss man die Tangenten A 81 und A 8 ertüchtigen und erweitern“, konstatierte der Minister. Dies sei platzsparend, funktioniere und gehe schneller als irgendein Phantom eines Nord-Ost-Rings, „den man nie bauen wird“. Die Nord-Ost-Umfahrung würde nach Ansicht von Hans Peter Stauch (AfD) das Problem von Stickoxyd und Feinstaub innerhalb Stuttgarts einfacher lösen als „alle Verkehrsbehinderungsmaßnahmen der vergangenen Jahre zusammen“.

Eine moderne Verkehrsinfrastruktur bestehe nicht nur aus Asphalt und Beton, sondern auch aus Schotter, Holz, Stahl und Kupfer, reagierte Hermann. Katzenstein (Grüne) auf die autoverkehrlastige Anfrage der AfD, die Grund-

lage der Debatte war. Die Grünen würden am Grundsatz „erst sanieren, dann planen“ festhalten, also am Erhalt vor dem Ausbau und dem Neubau. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, müssten alle Vorhaben, vor allem im Verkehrsbereich, klimaverträglich sein. Was gegen Klimaziele verstoße, dürfe nicht mehr in Kraft treten.

Martin Rivoir (SPD) warf der AfD vor, der Ruf nach mehr Straßen als Allheilmittel für Mobilitätsprobleme passe, wie der ganze Rest des Parteiprogramms, in die 1960er- oder 1970er-Jahre. Es sei ein Irrglaube, dass mehr Straßenbau die Verkehrsprobleme löse. Stattdessen müsse der öffentliche Nahverkehr massiv ausgebaut werden.

Die Mobilität im gesamten Land müsse im Blick behalten werden, forderte Jochen Haußmann (FDP). Auch die Autobahnen 5, 6, 8 und 98 müssten ausgebaut werden, problematisch sei auch die Mobilität am Bodensee und im ländlichen Raum. **(wg)**